Finanzen des EU-Haushaltsentwurfs: ein Vorteil für Deutschland?

Deutschland zahlte zuletzt netto rund 13 Mrd. € im Jahr an die EU – etwa 156 € pro Kopf oder 43 Cent am Tag. Dem steht allein durch den Binnenmarkt ein Einkommensgewinn von rund 1.046 € pro Kopf gegenüber, und an der Nachfrage aus der EU hängen 7,2 Millionen deutsche Arbeitsplätze. Ein großer Teil der Mittel für ärmere Länder fließt als Aufträge an deutsche Unternehmen zurück, und bei den wettbewerblich vergebenen Mitteln für Forschung, Raumfahrt und Industrie liegt Deutschland vorn.

Warum ein Finanzrahmen (MFR) von sieben Jahren?

Die sieben Jahre sind eine politische Entscheidung, keine rechtliche Vorgabe. Artikel 312 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU (AEUV) schreibt nur vor, dass der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) für „mindestens fünf Jahre“ aufgestellt wird. Der Rat beschließt ihn einstimmig, nachdem das Europäische Parlament mit der Mehrheit seiner Mitglieder zugestimmt hat (AEUV Art. 312).

Der Ursprung liegt in den Haushaltskrisen der 1970er- und 1980er-Jahre. Damals scheiterten Rat und Parlament mehrfach daran, rechtzeitig einen Jahreshaushalt zu verabschieden, und die Gemeinschaft musste mit Nothaushalten arbeiten (bpb). Kommissionspräsident Jacques Delors schlug deshalb 1987 vor, die Ausgaben für mehrere Jahre im Voraus zu begrenzen. Das „Delors-I-Paket“ galt fünf Jahre (1988–1992) und wurde in einer Vereinbarung zwischen Parlament, Rat und Kommission abgesichert (EU-Kommission).

Schon beim Nachfolger setzten die zwölf Regierungen sieben Jahre durch (Delors II, 1993–1999). Seitdem liefen alle Rahmen sieben Jahre: 2000–2006, 2007–2013, 2014–2020, 2021–2027 und nun 2028–2034 (Civic Forum). Mit dem Vertrag von Lissabon wurde der MFR 2009 als verbindliche Verordnung im Vertragsrecht verankert.

Für die sieben Jahre sprechen vor allem drei Gründe:

- **Planungssicherheit für Investitionen.** Regionalförderung, Agrarpolitik, Forschung und Infrastruktur laufen über Programme, deren Projekte oft fünf bis zehn Jahre dauern. Ein Zeitraum von sieben Jahren gibt Ländern, Regionen, Landwirten und Unternehmen verlässliche Summen über einen ganzen Investitionszyklus.
- **Weniger Konflikte.** Weil der Rahmen einstimmig beschlossen werden muss, sind die Verhandlungen schwierig und dauern rund zwei Jahre. Je seltener verhandelt wird, desto seltener drohen Blockaden. Die Jahreshaushalte werden innerhalb der festen Obergrenzen deutlich einfacher.
- **Haushaltsdisziplin.** Feste Obergrenzen über sieben Jahre begrenzen das Wachstum der EU-Ausgaben. Das war gerade den Nettozahlern wie Deutschland bei der Einführung wichtig.

Kritiker wenden ein, dass sieben Jahre nicht zum fünfjährigen Wahlzyklus von Parlament und Kommission passen: Der Rahmen 2028–2034 bindet auch das 2029 gewählte Parlament und die nächste Kommission. Zudem erschwert die lange Bindung schnelle Reaktionen auf Krisen. Vorschläge für einen Rahmen von fünf Jahren oder „5+5“ Jahren haben sich bisher nicht durchgesetzt.

Was kostet das jeden Bürger in Deutschland ?

Jeder Einwohner Deutschlands zahlte 2025 brutto rund 426 € an die EU, also etwa 1,17 € am Tag. Nach Abzug der Rückflüsse blieben netto rund 156 € im Jahr, gut 43 Cent am Tag.

Kennzahl	Deutschland gesamt	Je Einwohner und Jahr	Je Einwohner und Tag
Bruttozahlung an die EU 2025	35,6 Mrd. €	rund 426 €	rund 1,17 €
Nettobeitrag 2025 (nach Rückflüssen)	13,0 Mrd. €	rund 156 €	rund 0,43 €
Schätzung brutto im MFR 2028–2034 (irische Verhandlungsbox)	52–63 Mrd. €	rund 625–750 €	rund 1,70–2,05 €
Zum Vergleich: Einkommensgewinn durch den Binnenmarkt	rund 86 Mrd. €	rund 1.046 €	rund 2,87 €

Die Zahlen für 2025 stammen von der Bundesbank (Stand 13. Oktober 2026), gerechnet mit 83,6 Mio. Einwohnern und des IW. Die Bruttozahlung setzt sich aus BNE-Eigenmitteln (21,5 Mrd. €), Zöllen (5,9 Mrd. €), Mehrwertsteuer-Eigenmitteln (5,6 Mrd. €) und der Plastikabgabe (1,6 Mrd. €) zusammen. Der Binnenmarkt-Wert stammt aus einer Studie der Bertelsmann Stiftung (2019).

Zur Schätzung für den MFR 2028–2034: Die irische **Verhandlungsbox*** sieht 1.825,5 Mrd. € über sieben Jahre vor, im Schnitt 260,8 Mrd. € pro Jahr. Deutschland trägt je nach Abgrenzung rund ein Fünftel bis knapp ein Viertel des EU-Haushalts. Daraus ergeben sich 52–63 Mrd. € pro Jahr. Ein Teil davon ist die Tilgung der Corona-Aufbauschulden (NextGenerationEU), die ab 2028 fällig wird. Eine offizielle Zahl der Bundesregierung gibt es noch nicht; die *Berliner Zeitung* nennt „über 60 Mrd. €“ (Berliner Zeitung, Kurier).

Warum sich die Einzahlung für Deutschland lohnt

Der Nettobeitrag von aktuell rund 156 € pro Kopf steht einem Einkommensgewinn von rund 1.046 € pro Kopf und Jahr allein durch den Binnenmarkt gegenüber. Rechnerisch bringt jeder netto eingezahlte Euro damit etwa das Sechs- bis Siebenfache zurück. **Der Nettosaldo misst nur Geldflüsse durch den EU-Haushalt, nicht den wirtschaftlichen Nutzen der Mitgliedschaft.**

1. Der Binnenmarkt ist Deutschlands größter Absatzmarkt

- Mehr als die Hälfte der deutschen Exporte geht in andere EU-Staaten. Die größten Abnehmer waren 2024 Frankreich (111 Mrd. €), die Niederlande (105 Mrd. €), Polen (90 Mrd. €), Italien (78 Mrd. €) und Österreich (72 Mrd. €) (Prognos/vbw 2026).
- Rund 550 Mrd. € deutscher Wertschöpfung (etwa 16 %) und rund **7,2 Millionen Arbeitsplätze** hängen an der Nachfrage aus der EU – davon rund 680.000 in der Autoindustrie und 430.000 im Maschinenbau (ebd.).

- Laut Bertelsmann Stiftung gewinnt Deutschland durch den Binnenmarkt rund 86 Mrd. € pro Jahr – in absoluten Zahlen mehr als jedes andere Land. Pro Kopf liegt der Gewinn rund 25 % über dem EU-Schnitt von 840 €.

2. Das Geld für ärmere Länder fließt als Aufträge zurück

Mit EU-Geld werden in Polen, Tschechien oder Rumänien Straßen, Bahnen und Fabriken gebaut – oft mit Maschinen und Technik aus Deutschland. Davon profitieren auch wohlhabende Regionen, manche sogar mehr als von ihren landeseigenen Fördermitteln. Jeder investierte Euro bringt langfristig fast **3 €** zusätzliche Wirtschaftsleistung (EU-Kommission, 2024). Laut Gemeinsamer Forschungsstelle der EU (2023) stammen in den **Nettozahlerländern** über 45 %** der Wachstumseffekte der Kohäsionspolitik aus den geförderten Ländern (JRC). Wie eng die Verflechtung ist, zeigt der Handel: Im ersten Halbjahr 2025 zum Beispiel exportierte Deutschland Waren für 49,4 Mrd. € nach Polen – deutlich mehr als nach China mit 41,4 Mrd. € (Ost-Ausschuss).

3. Deutschland holt die meisten wettbewerblich (durch Ausschreibungen) vergebenen EU-Mittel

Wo Geld nicht nach Länderschlüssel, sondern nach Qualität vergeben wird, liegt Deutschland vorn. In den ersten drei Jahren des Forschungsprogramms Horizont Europa (2021–2023) gingen fast 5 Mrd. € nach Deutschland – 16,3 % aller Mittel und Platz eins vor Frankreich (BayFOR). Dazu kommen große Aufträge aus Raumfahrt- und Verteidigungsprogrammen (siehe nächster Abschnitt).

4. Direkte Rückflüsse nach Deutschland

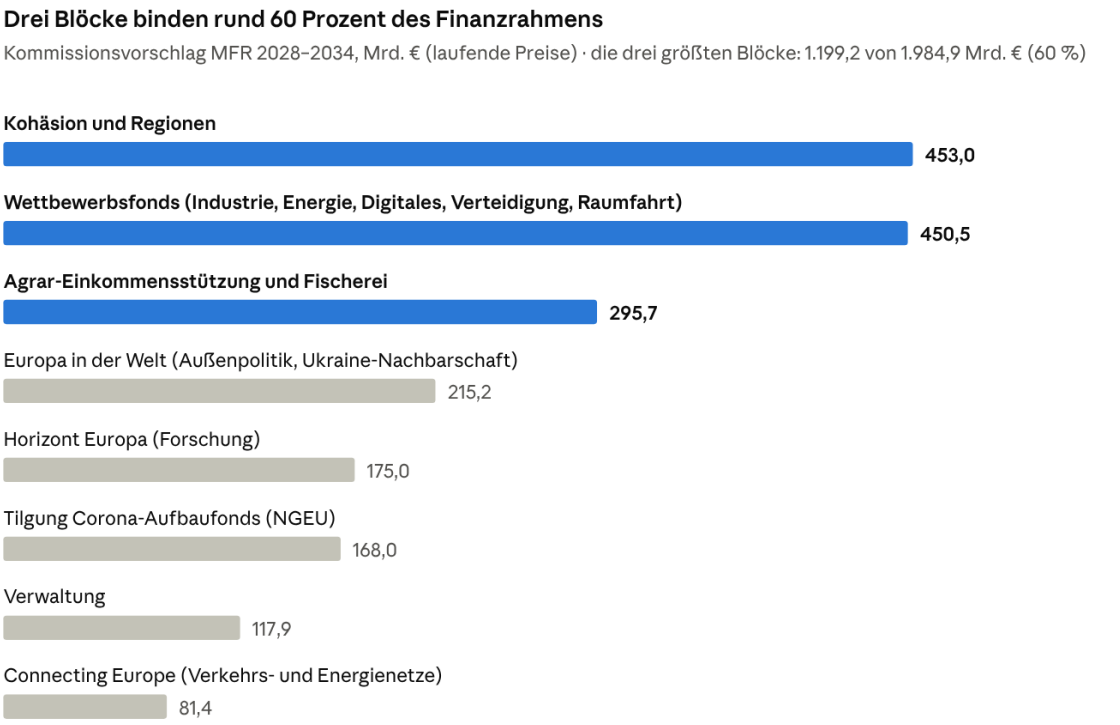
Trotz Nettozahler-Status flossen 2024 rund 12,6 Mrd. € aus dem EU-Haushalt nach Deutschland, darunter rund 6,5 Mrd. € Agrarförderung (einschließlich nationaler Kofinanzierung) an etwa 300.000 Empfänger. Das sind überwiegend landwirtschaftliche Betriebe, aber auch Erzeugergemeinschaften, Naturschutzstiftungen und die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG), die Krisenhilfen an Landwirte weiterleitete (topagrar). Für die Regional- und Strukturförderung 2021–2027 sind Deutschland laut der Partnerschaftsvereinbarung mit der EU-Kommission vom 19. April 2022 rund 20,1 Mrd. € zugewiesen: EFRE 10,82 Mrd. €, ESF+ 6,56 Mrd. €, Fonds für einen gerechten Übergang (Kohleregionen) 2,48 Mrd. € und Meeres- und Fischereifonds 0,21 Mrd. €; dazu kommen 1,02 Mrd. € für grenzüberschreitende Interreg-Projekte (Partnerschaftsvereinbarung, EU-Kommission). Das sind zugesagte Mittel, keine bereits ausgezahlten: Die Programme werden schrittweise abgerufen und können bis Ende 2029 abgerechnet werden. In den ersten Jahren lag der Abruf EU-weit unter dem früherer Förderperioden (Europäischer Rechnungshof). Den aktuellen Auszahlungsstand für Deutschland weist die Kohäsions-Datenplattform der EU aus.

5. Was sich schwer in Euro fassen lässt

Offene Grenzen sparen Pendlern, Tourismus und Logistik Zeit und Geld; allein die Einschränkung von Schengen würde Deutschland schätzungsweise mindestens 1,5–2 Mrd. € pro Jahr kosten. Dazu kommen gemeinsame Handelsabkommen, der Euro, gemeinsame Standards und politische Stabilität in der Nachbarschaft – Vorteile, die gerade eine exportabhängige Volkswirtschaft wie die deutsche besonders stark nutzt.

6. Die größten Ausgaben und welche deutschen Unternehmen profitieren

Im Kommissionsvorschlag für den MFR 2028–2034 (1.984,9 Mrd. €) entfallen die größten Summen auf Regionalförderung, den neuen Wettbewerbsfonds und die Agrarpolitik (IW Köln). Innerhalb des Wettbewerbsfonds sind 130,7 Mrd. € für Verteidigung und Raumfahrt vorgesehen – **fünfmal so viel wie bisher**. Die irische Verhandlungsbox kürzt das Gesamtvolumen um rund 8 %; die Struktur bleibt.



Lt IW Köln nach EU-Kommission, COM(2025) 570 · Auswahl der größten Posten; Horizont Europa ist eng mit dem Wettbewerbsfonds verzahnt

Deutsche Unternehmen profitieren auf zwei Arten: direkt, wenn sie Fördermittel oder EU-Aufträge gewinnen, und indirekt, wenn EU-Geld in anderen Ländern Projekte finanziert, für die sie liefern.

Ausgabenblock	Wie deutsche Unternehmen profitieren	Beispiele
Kohäsion und Regionen	Lieferungen und Aufträge für EU-finanzierte Projekte in Mittel- und Osteuropa; Regionalförderung in Deutschland	Rund 80 % der Kohäsionsmittel für die Visegrád-Staaten flossen als Nachfrage in die Geberländer zurück (PIE); profitierende Branchen: Maschinenbau, Fahrzeugbau, Bau- und Medizintechnik. In Deutschland rund 20,1 Mrd. € zugewiesen aus EFRE, ESF+, Kohleregionen-Fonds und Fischereifonds (2021–2027) (Partnerschaftsvereinbarung)

Ausgabenblock	Wie deutsche Unternehmen profitieren	Beispiele
Raumfahrt und Verteidigung (Wettbewerbsfonds)	Aufträge für Satelliten, Kommunikation, Munition und Rüstungsforschung	OHB: knapp 1 Mrd. € für 18 Satelliten des EU-Netzes IRIS² (2026); Airbus Defence and Space: 200 Mio. € für militärische Satellitenkommunikation; Rheinmetall: 67,6 Mio. € für Munitionsfertigung; dazu Hensoldt und MBDA Deutschland
Energie, Klima und Industrie (Wettbewerbsfonds, Innovationsfonds)	Zuschüsse für klimaneutrale Industrieanlagen	Heidelberg Materials: 191 Mio. € für das CO_2-neutrale Zementwerk Geseke; Holcim Deutschland: 109,8 Mio. € in Lägerdorf; Technikpartner thyssenkrupp und Linde
Horizont Europa (Forschung)	Deutschland ist größter Empfänger: fast 5 Mrd. € (16,3 %) in 2021–2023	Fraunhofer-Gesellschaft 277 Mio. €, Max-Planck-Gesellschaft 195 Mio. €, TU München 123 Mio. € (BayFOR); Unternehmen als Projektpartner
Agrarpolitik	Direktzahlungen und Marktförderung für Betriebe in Deutschland	Rund 6,5 Mrd. € an etwa 300.000 Empfänger (2024), u. a. Erzeugerorganisationen wie Gallin und Landgard (topagrar)
Investitionsgarantien (EU-Haushalt sichert EIB-Kredite ab)	Günstige Kredite für Innovation	BioNTech: 100 Mio. € für die Entwicklung des Covid-19-Impfstoffs, abgesichert durch den EU-Garantiefonds EFSI

Die Zahlen der Beispiele stammen aus dem laufenden Finanzrahmen 2021–2027 und zeigen, wo deutsche Unternehmen heute stark sind. Mit dem Wachstum des Wettbewerbsfonds im neuen Rahmen steigen die Chancen gerade für **deutsche Industrie-, Raumfahrt- und Rüstungsunternehmen**.

Erklärungen:*

*** Was ist eine Verhandlungsbox?** Die „Verhandlungsbox“ (Negotiating Box) ist ein Kompromisspapier der jeweiligen Ratspräsidentschaft. Sie listet alle strittigen Punkte des Finanzrahmens auf – Gesamtvolumen, Obergrenzen je Bereich, Rabatte, Eigenmittel –, offene Zahlen stehen in eckigen Klammern. Irland hat die halbjährlich wechselnde Präsidentschaft seit Juli 2026 inne; seine Fassung ist nach der dänischen und der zyprischen die dritte. Sie ist kein Beschluss, sondern Diskussionsgrundlage für die Staats- und Regierungschefs (Rat der EU, Irische Ratspräsidentschaft).

- **16. Juli 2025:** Die Kommission schlägt rund 1,985 Billionen € für sieben Jahre vor (zum Vergleich: MFR 2021–2027 rund 1,074 Billionen € plus 750 Mrd. € NextGenerationEU).

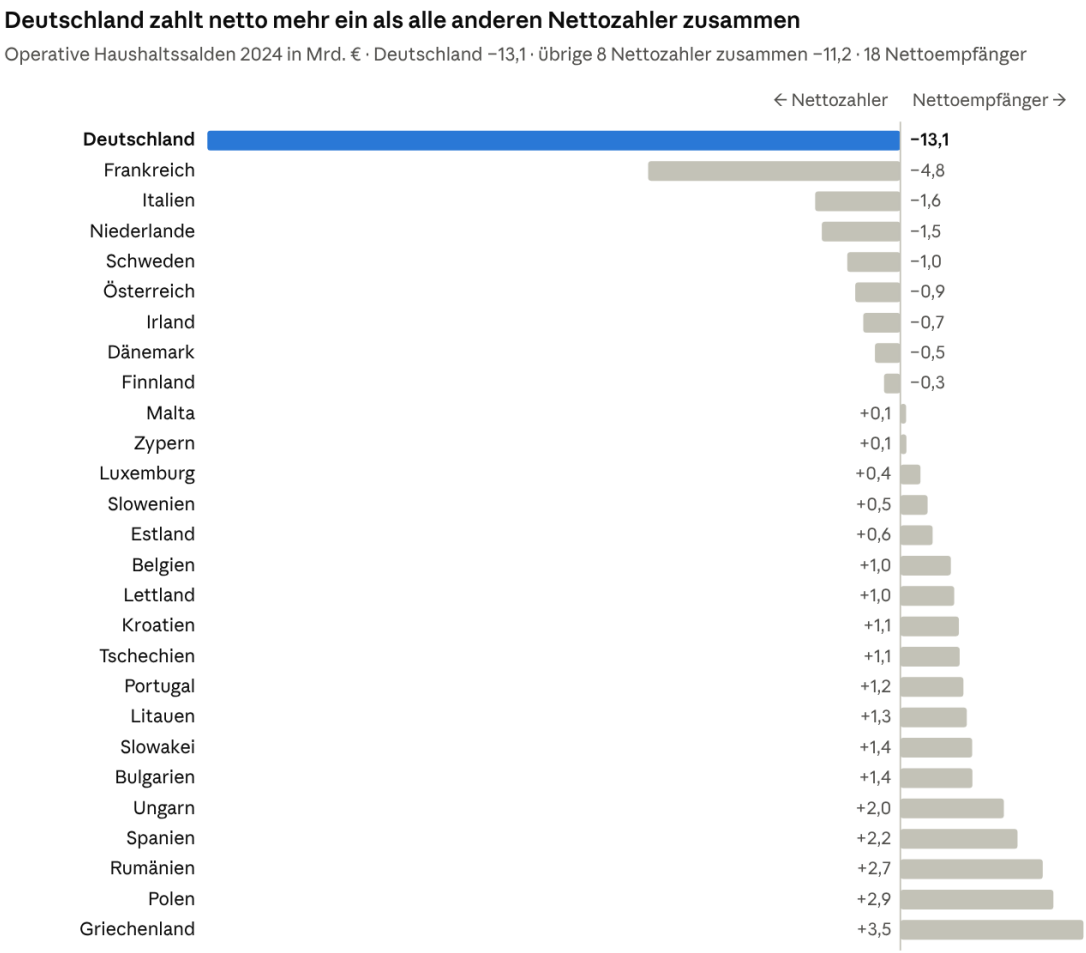
- **10. Juni 2026:** Erste Verhandlungsbox mit Zahlen der zyprischen Ratspräsidentschaft.
- **10. Oktober 2026:** Die irische Präsidentschaft legt eine überarbeitete Verhandlungsbox vor – rund **1,825 Billionen €**, etwa 8 % unter dem Kommissionsvorschlag (EPC).
- **15./16. Oktober 2026:** Der Europäische Rat berät erstmals substanziell; die Mitgliedstaaten bleiben tief gespalten (Agence Europe).
- **Ende November 2026:** Ratspräsident António Costa will eine eigene Verhandlungsbox mit Zahlen vorlegen; Sondergipfel am **26./27. November 2026** (Agence Europe).

Ziel bleibt eine Einigung bis Ende 2026, damit ab Januar 2028 Gelder ohne Unterbrechung fließen. Das Europäische Parlament muss dem MFR zustimmen und lehnt Kürzungen gegenüber dem Kommissionsvorschlag ab.

** Die Länder: ein Geben und Nehmen

Die Salden sind eine buchhalterische Größe. Vorteile aus Binnenmarkt, Exporten und Aufträgen in Empfängerländern sind darin nicht enthalten!

Beispielsweise in 2024 waren 9 Mitgliedstaaten Nettozahler und 18 Nettoempfänger. Deutschland war mit 13,1 Mrd. € mit Abstand größter Nettozahler, Griechenland mit 3,5 Mrd. € größter Nettoempfänger (bpb, IW Köln).



Die 13,1 Milliarden Euro sind das reale Abrechnungsergebnis Deutschlands innerhalb des Einzelhaushalts 2024, welcher sich innerhalb der Leitplanken des MFR 2021–2027 bewegt. [https://www.consilium.europa.eu/en/policies/eu-long-term-budget/

Es handelt sich hierbei um eine rein buchhalterische Gegenüberstellung. Indirekte wirtschaftliche und politische Vorteile – wie der Zugang zum zollfreien EU-Binnenmarkt, die Stabilität des Euro oder der freie Personenverkehr – sind in diesen Bilanzen nicht abgebildet, wovon gerade Exportnationen wie Deutschland erheblich profitieren. (Quelle)

- Gemessen an der Wirtschaftskraft zahlt **Deutschland** ebenfalls am meisten (−0,30 % des BIP), vor Schweden und Österreich. Die baltischen Staaten erhalten relativ am meisten: Lettland +2,52 % des BIP.

- **Polen** war bis 2023 größter Nettoempfänger (8,2 Mrd. €); 2024 sank sein Saldo auf 2,9 Mrd. €, weil die Kohäsionsmittel zum Ende der Förderperiode langsamer abflossen.

- **Mit dem Corona-Aufbaufonds (NGEU)** verschiebt sich das Bild: Dann zahlen Österreich, Schweden und Irland relativ am meisten (je rund 0,5 % des BNE), Deutschland folgt auf Platz sechs.

……. Aktuelle Vorschläge der sparsamen Länder

Sechs Nettozahler – Deutschland, Österreich, Dänemark, Finnland, die Niederlande und Schweden – verlangen, den Kommissionsvorschlag von knapp 2 Billionen € um „mehrere hundert Milliarden“ zu kürzen. Sie finanzieren zusammen fast 40 % des EU-Haushalts (Agence Europe).

Gemeinsame Erklärung von Berlin (27. August 2026) nach einem Treffen auf Einladung von Bundeskanzler Friedrich Merz (ERA Portal Austria, Eunews):

1. **Gesamtvolumen senken:** nur moderates Wachstum; Kürzung um mehrere hundert Mrd. €, „ausgewogen“ über alle Rubriken verteilt.
2. **Neue Prioritäten:** Sicherheit und Verteidigung, Wettbewerbsfähigkeit, Migration und Souveränität statt klassischer Umverteilung.
3. **Rabatte behalten:** Die Beitragsrabatte für die Nettozahler sollen bleiben; die Kommission will sie abschaffen.
4. **Keine neuen Gemeinschaftsschulden:** keine Eurobonds, Skepsis gegenüber dem Kreditinstrument Catalyst Europe und dem Krisenmechanismus.
5. **Reformen und Entlastung:** ein schlanker, unternehmensfreundlicher Rechtsrahmen; die Niederlande und Dänemark lehnen eine EU-Umsatzabgabe für Großunternehmen (CORE) ab (Agence Europe).

Positionen der einzelnen Länder

Land	Kernforderung
Deutschland	Kommissionsvorschlag laut Regierungssprecher nicht akzeptabel (Juli 2025); neue Eigenmittel sind „keine Wunderlösung“
Niederlande	Kürzungen „quer durch alle Bereiche“, besonders Kohäsion, Agrar und EU-Verwaltung
Österreich	Weitere Kürzungen um mehrere hundert Mrd. € – aber keine Kürzungen bei der Agrarförderung
Schweden	Auch 1,825 Billionen € (irische Verhandlungsbox) sind „unvernünftig“
Dänemark	Versteht sich als „Modernisierer“, nicht als sparsam; Fokus auf Verteidigung
Finnland	Trägt die gemeinsame Kürzungsforderung mit

Die irische Verhandlungsbox kürzt bereits um 159 Mrd. € (rund 8 %). Den sparsamen Ländern reicht das nicht, zumal die Kürzungen vor allem ihre eigenen Prioritäten Wettbewerbsfähigkeit, Verteidigung und

Außenhandeln treffen. Die 16 „Freunde der Kohäsion“, das Europäische Parlament und die Kommission halten dagegen; Costas Vorschlag Ende November gilt als nächster Prüfstein (Agence Europe).

Der Nettosaldo ist eine buchhalterische Größe. Wie groß der wirtschaftliche Nutzen genau ist, hängt von Modellen und Annahmen ab – über die Größe des nächsten Finanzrahmens wird politisch gestritten.

Dieser Bericht wurde mit Hilfe einer KI ergänzt und die Quellen mit menschlicher KI überprüft.

…….. Quellen:

- AEUV Artikel 312
- bpb: Mehrjähriger Finanzrahmen
- EU-Kommission: Finanzielle Vorausschauen 1988–2013
- Civic Forum: Planung der EU-Finanzen
- Bundesbank: Leistungen an den EU-Haushalt
- Bertelsmann Stiftung: Binnenmarkt erhöht Pro-Kopf-Einkommen
- Prognos/vbw: Die Bedeutung der EU für Deutschland (2026)
- PIE: Kohäsionspolitik und Nutzen für die EU-15
- IW Köln: Mehrjähriger Finanzrahmen 2028–2034
- IW Köln: EU-Haushalt und Mitgliedstaaten 2024
- Berliner Zeitung: Über 60 Mrd. € pro Jahr · Kurier: Was die Summen bedeuten
- BayFOR: Drei Jahre Horizont Europa
- GTAI: EU-Förderung in Deutschland · topagrar: Agrarzahlungen 2024
- Via Satellite: OHB und IRIS² · EU Perspectives: Verteidigungsmittel
- Heidelberg Materials: GeZero · Holcim: Carbon2Business · EIB: BioNTech
- Partnerschaftsvereinbarung Deutschland–EU-Kommission 2021–2027 · EU-Kommission: Partnerschaftsvereinbarung mit Deutschland · Europäischer Rechnungshof: Zukunft der Kohäsionspolitik · Kohäsions-Datenplattform der EU
- Rat der EU: Haushalt 2027
- Hanse-Office: EU-Haushalt 2027 – Rat legt Standpunkt fest
- Rat der EU: Zeitplan MFR 2028–2034
- Irische Ratspräsidentschaft: Verhandlungsbox vom 10. Oktober 2026
- Agence Europe: Spaltung vor dem Oktobergipfel

- Agence Europe: Costa-Vorschlag vor Novembergipfel
- Agence Europe: Protest der sparsamen Länder
- Agence Europe: Positionen im Rat, September 2026
- Agence Europe: Kohäsionsfreunde gegen Sparsame
- EPC: Irische Verhandlungsbox und Kürzungen
- ERA Portal Austria: Gemeinsame Erklärung der sechs Nettozahler
- Eunews: „Sparsame“ gegen alle
- bpb: Nettozahler und Nettoempfänger 2024
- IW Köln: EU-Haushalt und Mitgliedstaaten 2024
- IW Köln: Mehrjähriger Finanzrahmen 2028–2034